

Matthias Machnig

Richtung statt Mitte

Was heute links ist

Matthias Machnig

(*1960) war von 1999 bis 2002 Bundesgeschäftsführer der SPD und ist seit 2005 Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Bei *Hoffmann und Campe* ist soeben erschienen: *Wohin steuert Deutschland?* (zus. mit Joachim Raschke).
buero.machnigst@bmu.bund.de



Dritte Wege ohne Richtung

Immer wenn die deutsche Sozialdemokratie regiert hat, gab es eine Konsequenz: eine politische Partei, die sich links von der Sozialdemokratie etablierte. Das war in der Weimarer Republik mit SPD und KPD der Fall, in den 80er Jahren mit der Gründung der Grünen und jetzt mit der Linkspartei. Auch anderswo in Europa erleben wir eine Zunahme von Linksparteien. Das gilt für Schweden, Dänemark, Frankreich und auch für Spanien.

Der Trend zur Mitte als sozialdemokratische Antwort auf den Verlust von Mehrheiten begann in den 80er Jahren. Sie wurde unter der Überschrift »Dritter Weg« geführt, also eine Positionierung zwischen klassischer Sozialdemokratie und Neoliberalismus. Es wurde die Idee der New Democrats geboren. Das hatte Nachahmer in Form von »New Labour« und der »Neuen Mitte« der SPD. Der Dritte Weg war der Versuch, Sozialdemokratie und Marktliberalismus miteinander zu verbünden. Politisch knüpft das Konzept an die Erfahrung an, dass politische Macht nur noch in punktuellen Bündnissen zu organisieren ist und nicht mehr auf strukturelle Mehrheiten bauen kann. Deswegen zielt der

»Dritte Weg«, »progressive governance« machtpolitisch im Kern auf die Mitte der Gesellschaft, um alte und neue Mittelschichten für die Idee und die Partei der Sozialdemokratie zu begeistern.

Der Dritte Weg setzte auf eine neue Synthese von Gerechtigkeit und Modernisierung. Unter der Konstellation der New Economy hatte dabei die Balance von Sozialem und Ökonomie allerdings eine Schlagseite. Diese neue Synthese manifestierte sich u.a. in: der Verlagerung von Macht und Steuerungsleistung in die Gesellschaft hinein (Deregulierung), der Verlagerung von Verantwortung auf das Individuum (Workfare statt Welfare) und in der veränderten Rolle des Staates (»Aktivierender Staat«).

Das hat eine Zeitlang funktioniert: in Deutschland, in Großbritannien, in Schweden – ja fast in ganz Europa und in den USA. Heute müssen manche feststellen: Die Reformbilanz ist widersprüchlich.

Wandel durch Sicherheit

Die Botschaft des Dritten Weges war: »Sicherheit durch Wandel«. Das heißt: Umbau der Sozialsysteme, damit wohlfahrtsstaatliche Leistungen auch in Zukunft finanzierbar sind. Der Bedarf an Modernisierung der nationalen Wohlfahrtsregime besteht nach wie vor. Aber diese Botschaft hat weder Kraft noch Antworten auf die anstehenden Probleme. Sie hat eben dazu geführt, dass entweder Traditionalisten und Sozialromantiker an Einfluss gewinnen oder aber konservative Parteien erfolgreich wurden – beides kön-

nen wir in Deutschland zurzeit beobachten. Heute geht es um: »Wandel durch Sicherheit«. Die Bereitschaft der Menschen, Veränderung zu unterstützen und zu tragen hängt davon ab, dass nicht falsche Sicherheit versprochen wird, aber deutlich bleibt, dass die Verantwortung nicht allein an den Einzelnen delegiert wird. Nicht der ermöglichende Sozialstaat, auch nicht der fürsorgende Sozialstaat, sondern der gewährleistende Sozialstaat ist die Aufgabe. »Progressive governance« braucht »progressive government«.

Der Staat ist rehabilitiert. Die Linke muss deutlich machen: Wir brauchen einen aktiven und einen gestaltenden Staat, der über die nötigen Ressourcen verfügt. Alle Versuche der Mitteorientierung haben dazu geführt, dass Unklarheit bestand, rechts und links wurden beliebig, ohne Ausrichtung und Orientierung.

Norberto Bobbio hat klar gestellt: »Die beiden Begriffe ›rechts‹ und ›links‹ sind keine absoluten Begriffe, sondern relative (...) noch sind sie innere Eigenschaften des politischen Ordnungssystems. Es sind Orte des ›politischen Raums‹. Sie stehen für eine bestimmte politische Topologie (...) Man ist nicht rechts oder links in dem Sinne, wie man sagt, man sei ›kommunistisch‹ oder ›liberal‹ oder ›katholisch‹. Anders ausgedrückt, rechts und links sind keine Wörter, die – ein für alle Mal – festgeschriebene Inhalte bezeichnen. Sie könnten je nach Zeit und Situation, unterschiedliche Inhalte bezeichnen. Für die politische Linke heißt das, sie kann niemals eine Institution von Dogmen, der zehn Gebote sein. Die Linke muss eine Organisation sein, die in der Lage ist, Räume des politischen Diskurses über politische Alternativen zu entwickeln, und auch neue Antworten, auch unter Rückgriff auf Themen und Erfahrungsfundus der eigenen Themen und Praxis« zu finden. Gerade dies jedoch hat die Neue Mitte in Regierungsverantwortung ausgeschlossen: Alternativen zur Regierungspraxis unerwünscht.

Die zweite Anleihe stammt von der französischen Soziologin Chantal Mouffe. Ihr Argument lautet, dass der Konsens-Ansatz, statt die Bedingungen für eine ver söhnte Gesellschaft zu schaffen, zur Entstehung von neuen Antagonismen führt. Das kann nur verhindert werden, indem den tatsächlich bestehenden Konflikten legitimer Ausdruck gegeben wird. Die Richtungs-Unterschiede müssen in klaren politischen Alternativen, statt lediglich in moralischen Kontroversen zum Ausdruck kommen.

Mouffe erklärt also zum Problem, was viele für eine Grundbedingung von Demokratie halten. Sie kommt zu dem Schluss, ein stärkerer Antagonismus zwischen rechts und links sei notwendig, um Klärungen herbeizuführen: Was sind die Richtungsfragen in einer Gesellschaft?

Den Fetisch der »Mitte« überwinden

Die Linke war nie nur Programmpartei, sie war dann politisch erfolgreich, wenn sie auch Bewegungspartei war, die Themen setzte und für sie mobilisierte.

Die Sozialdemokratie ist heute weit davon entfernt, dies zu können. Zu einer politischen Linken, die Gestaltungskraft hat, gehört dies allerdings dazu. Wenn man eines aus dem amerikanischen Wahlkampf lernen kann, dann, dass Richtungsfragen Menschen orientieren, mobilisieren und begeistern. Obama hat nichts anderes getan, als Richtungsfragen für die amerikanische Gesellschaft sehr klar zu identifizieren.

Die gegenwärtige ökonomische Krise setzt unweigerlich die Richtungsfragen in unserer Gesellschaft wieder auf die Tagesordnung. Es geht um die Frage einer postneoliberalen Ökonomie, die in der Lage ist, Wachstum, Bekämpfung von Armut und Hunger und die zivilisatorischen Herausforderungen (Klimawandel, Verlust von Biodiversität) ökonomisch zu beantwor-

ten. Dazu ist auch ein neues Verständnis von Globalisierung jenseits »des Globalismus als Idee oder Ideologie« notwendig. Denn Globalismus als Ideologie hat zur »Durchsetzung des Primats der Ökonomie« geführt und ist »ebenso ökonomistisch wie es der Vulgärmarxismus einst war, er ist deshalb im gewissen Sinne die Wiederauferstehung des Marxismus als Managementideologie« (Rüdiger Safranski). Die Folgen dieser Entwicklung sind in der gegenwärtigen Krise zu besichtigen: Kapitalvernichtung in einer bislang unbekannt großen, Massenarbeitslosigkeit und Staatsinsolvenzen.

Notwendig ist daher eine Neuorientierung linker Politik. Der Fetisch der Mitte muss aufgegeben werden. George Lekoff hat Recht: »Eine politische Mitte gibt es nicht.« Vielmehr muss die politische Linke wieder »sagen, was ist« (Sigmar Gabriel). Sie muss die heutigen Brüche, Widersprüche und Zukunftsantworten formulieren, jenseits des Regierungspragmatismus. Die nächsten Jahre werden die Gesellschaft vor neue, bislang zum Teil unbekannt Herausforderungen stellen:

- Die Gestaltung des Finanzkapitalismus, seiner Transparenz, seiner Regulierung, seiner Ausrichtung auf Nachfrage und Zukunftsinvestitionen,
- die Bewältigung der Zivilisationsfragen, die mit den Stichworten Bevölkerungsexplosion, Klimawandel, Ressourcenknappheit und Verlust unserer natürlichen Lebensgrundlagen korrespondieren,
- die Rückkehr sozialer Klassenspaltung, die Entwicklung einer Zweidrittgesellschaft (Peter Glotz), den Ausschluss wachsender Teile der Gesellschaft und die damit verbundenen Aufstiegsblockaden für bestimmte soziale Milieus,
- die Entgrenzung der Politik, also eine Entwicklung, in der gesellschaftlich relevante Entscheidungen nicht mehr in den dafür vorgesehen Institutionen und Verfahren getroffen werden, sondern in Wirtschaft und Wissenschaft und transnationa-

len Netzwerken ohne demokratische Legitimation und Beratung,

- die Aushöhlung der Demokratie durch einen Primat der Ökonomie, eine Übermacht der Märkte und die steigende Verweigerung demokratischer Legitimation durch die (Nicht-)Wähler.

Die linke Alternative formulieren

Die Rhetorik des Sachzwangs und das Postulat der Alternativlosigkeit sind auf diese Herausforderungen keine Antwort. In Europa, auch in Deutschland, hat dies zu einer Ausdifferenzierung der politischen Linken geführt. Heute gibt es zwei europäische Linke: »Die eine von ihnen akzeptiert diesen Rückzug, sei es bereitwillig oder resignierend. Die andere versucht ihn zu bremsen, ohne dass sie große Hoffnungen hätte, den Prozess umkehren zu können. Diese beiden Schulen sind Gegner (...). Europa braucht eine andere Linke.« (Roberto Mangabeira Unger: *Wider den Sachzwang, Für eine linke Politik*, 2007). Dabei gilt es, die politisch entstandene Dichotomie von Protestlinker und Gestaltunglinker zu überwinden. Eine Linke braucht eine Politik neuer Balancen zwischen Staat und Markt, Wachstum und Gerechtigkeit, Solidarität, Verteilung und Eigenverantwortung, Nationalstaat und Weltgesellschaft. Sie darf aber auch nicht zurückfallen in alte linke Irrungen und Wirrungen, wie die linke Marktverneinung, linken Hyperetatismus mit einer überzogenen Steuerungseuphorie, linke Technikskepsis und linke Machtverachtung.

Das linke Projekt muss sich (wieder) als Emanzipationskonzept etablieren, die Befreiung des Menschen von Fremdbestimmung und Bevormundung. Eine solche emanzipatorische Entwicklung hat Voraussetzungen, wie z.B. ein ausreichendes Maß materieller Sicherheit, denn nur unter dieser Voraussetzung können sich Menschen fair und gerecht begegnen. Dazu gehört un-

eingeschränkte Chancengleichheit bei der Entwicklung seiner Talente und Fähigkeiten. Und dazu gehört eine Politik der Generationengerechtigkeit, die sicherstellt, dass die Lebensgrundlagen auch für nachwachsende Generationen erhalten bleiben. Peter Glotz' Formel hat ihre Gültigkeit nicht verloren. Links ist: die Begrenzung der Marktlogik als politische Einbettung marktwirtschaftlicher Rationalität; die Sensibilisierung für die soziale Frage, die Förderung des Sozialstaats; die Umsetzung von Zeit in neue Freiheitsrechte, die faktische Gleichstellung der Frau; den Schutz von Lebenswelt und Natur; die Bekämpfung des Nationalismus. Eine solche Linke muss wieder zum Träger von Richtungsfragen und Richtungsdebatten werden. Sie muss das »Prinzip Hoffnung« (Ernst Bloch) und das »Prinzip Verantwortung« (Hans Jonas) miteinander verbinden. Pragmatismus als Prinzip reicht dazu nicht aus. Es fordert vielmehr Mut, Konfliktbereitschaft, Klarheit im Denken und Handeln. Und es be-

darf einer intellektuellen Erneuerung. Die Linke darf sich nicht der »Diktatur der Alternativlosigkeit« beugen, sondern muss wieder Ort des Diskurses, der Neugier und der Suche werden. Unsere Gesellschaft steht national und global vor vielen Richtungsfragen, die Richtungsantworten erfordern. Eine Linke ist nur dann wieder attraktiv, wenn ihr genau dies gelingt: Die richtigen Fragen zu stellen und schlüssige Antworten zu geben.

Heute geht es für die Linke um Antworten auf fünf große Richtungsfragen: Das Verhältnis von Markt und Staat, eine gerechte Einkommens- und Reichtumsverteilung, das Verhältnis von Solidarität und Eigenverantwortung, gleiche Chancen und Zugänge in der Gesellschaft sowie einen neuen Multilateralismus.

Die SPD hat in ihrem Grundsatzprogramm und im Wahlprogramm ihre Antworten auf diese Richtungsfragen formuliert. Worauf es nun ankommt, ist die Arbeit der Zuspitzung und Mobilisierung.

Richard Meng

Zwischenruf zum Entwurf des Regierungsprogramms

Elf Jahre Regierungsvorlauf, uneindeutige Koalitionsperspektive und objektive Ungewissheiten der Finanzkrise machen es der SPD schwer, mit Blick auf die Bundestagswahl im September einen Text vorzulegen, der den Anspruch eines Zukunftsentwurfs auch einlöst. Dennoch: Etwas anregender, präziser und damit auch verbindlicher kann der Entwurf schon sein.

Was könnte das sein: attraktive Vorwärts-Programmatik nach elf Regierungsjahren? Abstrakt gesagt: Der beschworene »neue Anlauf« muss mit vier bis fünf neuen Kernideen unterlegt sein, die in die Zukunft weisen und dabei mutig politische Verantwortung neu definieren. Nach den Jahrzehnten des unkritischen Marktgläubens bis weit in die SPD hinein kann da ein Stückchen »Wir haben verstanden.« ruhig eingeschlossen sein. Vor allem aber: Ent-



Richard Meng

(* 1954) ist seit Dezember 2007 Sprecher des Senats von Berlin.

sprecher@senatskanzlei.berlin.de

schiedenheit beim Versuch, in dieser ersten weltweiten Globalisierungskrise politi-